

Gesetz-Sammlung
für die
Königlichen Preußischen Staaten.

— Nr. 32. —

(Nr. 6366.) Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Stuhmer Kreises im Betrage von 50,000 Thalern, II. Emission.
Vom 14. Mai 1866.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.

Nachdem von den Kreisständen des Stuhmer Kreises auf dem Kreistage vom 27. Februar 1866. beschlossen worden, die zur Vollendung des vom Kreise unternommenen Chausseebaues erforderlichen Geldmittel im Wege einer fernerer Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der gedachten Kreisstände: zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinskupons versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen zu dem angenommenen Betrage von 50,000 Thalern ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833. zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 50,000 Thalern, in Buchstaben: fünfzig Tausend Thalern, welche in folgenden Apoints:

30,000	Thaler à 1000 Thaler,
12,000	= à 500 =
5,000	= à 100 =
2,000	= à 50 =
1,000	= à 25 =
<hr/>	
= 50,000 Thaler,	

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreisseuer mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Voos zu bestimmenden Folgeordnung jährlich vom Jahre 1868. ab mit wenigstens jährlich Einem Prozent des Kapitals, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen, zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 14. Mai 1866.

(L. S.) Wilhelm.

v. Bodelschw. Gr. v. Ikenpl. Gr. zu Eulenburg.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Marienwerder.

Obligation
des Stuhmer Kreises
II. Emission

Littr. №
über Thaler Preußisch Kurant.

Auf Grund des unterm bestätigten Kreistagsbeschlusses vom 27. Februar 1866, wegen Aufnahme einer Schuld von 50,000 Thalern bekennt sich die ständische Kommission für den Chausseebau des Stuhmer Kreises Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehnschuld von Thalern Preußisch Kurant, welche an den Kreis baar bezahlt worden und mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen sind.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 50,000 Thalern geschieht vom Jahre 1868, ab allmälig aus einem Tilgungsfonds, welcher mit wenigstens Einem Prozent des Kapitals jährlich, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen, gebildet wird.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das

das Los bestimmt. Die Auslosung erfolgt vom Jahre 1868. ab in dem Monate Januar jeden Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungsfonds durch größere Auslosungen zu verstärken, sowie sämtliche noch umlaufende Schuldverschreibungen zu kündigen.

Die ausgelosten, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Terms, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht.

Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Marienwerder, dem Kreisblatte des Stuhmer Kreises, in der Danziger Zeitung und dem Preußischen Staatsanzeiger.

Bis zu dem Tage, wo solcher gestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 2. Januar und am 1. Juli jeden Jahres, von heute an gerechnet, mit fünf Prozent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung, bei der Kreis-Kommunalkasse in Stuhm, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinskupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren, vom Schlusse des Kalenderjahres der Fälligkeit an gerechnet, nicht erhobenen Zinsen, verjährten zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichts-Ordnung Theil I. Titel 51. §§. 120. sequ. bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Marienburg.

Zinskupons können weder aufgeboten, noch amortiert werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind halbjährige Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres 1870. ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei der Kreis-Kommunalkasse zu Stuhm gegen Ablieferung des der älteren Zinskupons-Serie beigedruckten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen.

Dessen zu Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Stuhm, den . . . ^{ten} 18..

Die ständische Kommission für den Chausseebau im
Stuhmer Kreise.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Marienwerder.

Z i n s = K u p o n

zu der

Kreis-Obligation des Stuhmer Kreises

II. Emission

Littr. №

über Thaler zu Prozent Zinsen

über Thaler Silbergroschen.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom . . . ^{ten} bis resp. vom . . . ^{ten} bis und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreis-Obligation für das Halbjahr vom bis mit (in Buchstaben) Thalern Silbergroschen bei der Kreis-Kommunalkasse zu Stuhm.

Stuhm, den . . . ^{ten} 18..

Die ständische Kreis-Kommission für den Chausseebau im
Stuhmer Kreise.

Dieser Zinskupon ist ungültig, wenn dessen
Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach
der Fälligkeit, vom Schluß des betreffenden
Kalenderjahres an gerechnet, erhoben wird.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Marienwerder.

Talon

zur

Kreis-Obligation des Stuhmer Kreises.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der Obligation des Stuhmer Kreises II. Emission

Litr. № über Thaler à Prozent Zinsen
die ... te Serie Zinskupons für die fünf Jahre 18... bis 18... bei der Kreis-
Kommunalkasse zu Stuhm, sofern nicht rechtzeitig dagegen Widerspruch er-
hoben ist.

Stuhm, den ... ten 18..

Die ständische Kreis-Kommission für den Chausseebau im Stuhmer Kreise.

(Nr. 6367.) Allerhöchster Erlass vom 28. Mai 1866., betreffend die Verleihung der fiskalischen
Vorechte an den Kreis Tilsit für den Bau und die Unterhaltung der
Kreis-Chausseen: 1) von der Tilsit-Taurogger Staats-Chaussee bei
Mickieten über Groß-Lumpönen bis zum Kirchdorfe Willkischken; 2) von
der Tilsit-Memeler Staats-Chaussee unweit Rücken über Packamohnen
nach dem Kirchdorfe Coadjuthen.

Nachdem Ich durch Meinen Erlass vom heutigen Tage den Bau der Chausseen
im Kreise Tilsit, Regierungsbezirk Gumbinnen: 1) von der Tilsit-Taurogger
Staats-Chaussee bei Mickieten über Groß-Lumpönen bis zum Kirchdorfe Will-
kischken; 2) von der Tilsit-Memeler Staats-Chaussee unweit Rücken über Packa-
mohnen nach dem Kirchdorfe Coadjuthen genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch
dem Kreise Tilsit das Expropriationsrecht für die zu diesen Chausseen erforder-
lichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und
Unterhaltungs-Materialien, nach Maßgabe der für die Staats-Chausseen be-
stehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straßen. Zugleich will Ich dem ge-
nannten Kreise gegen Übernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung der
Straßen das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen

(Nr. 6366—6368.)

des

des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chausseegeld-Tariffs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausseen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840, angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Bergehen auf die gedachten Straßen zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 28. Mai 1866.

Wilhelm.

v. Bodelschwingh. Gr. v. Jenplis.

An den Finanzminister und den Minister für Handel,
Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

(Nr. 6368.) Privilegium wegen Aussertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Tilsiter Kreises im Betrage von 80,000 Thalern III. Emission. Vom 28. Mai 1866.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c.

Nachdem von den Kreisständen des Tilsiter Kreises auf den Kreistagen vom 12. April 1864. und 30. Juni 1865. beschlossen worden, die zur Ausführung der vom Kreise unternommenen Chausseebauten von der Tilsit-Taurogger Staats-Chaussee bei Mickieten nach Willkischken und von der Tilsit-Memeler Staats-Chaussee, unweit Rücken, nach Coadjuthen erforderlichen Geldmittel im Wege einer ferneren Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der gedachten Kreisstände: zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinskupons verschene, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen zu dem angenommenen Betrage von 80,000 Thalern ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833. zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 80,000 Thalern, in Buchstaben: achtzig Tausend Thalern, welche in folgenden Alpoints:

20,000	Thaler	à	500	Thaler,
40,000	=	à	200	=
20,000	=	à	100	=
<hr/>				
= 80,000				Thaler,

nach

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreissteuer mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Loos zu bestimmenden Folgeordnung jährlich vom Jahre 1867. ab mit wenigstens jährlich Einem Prozent des Kapitals und dem Betrage der ersparten Zinsen der ausgelosten Obligationen zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 28. Mai 1866.

(L. S.) Wilhelm.

v. Bodelschwingh. Gr. v. Jenpliſ. Gr. zu Eulenburg.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

Obligation
des Tilsiter Kreises

Littr. №

über Thaler Preußisch Kurant

III. Emission.

Auf Grund der unterm bestätigten Kreistagsbeschlüsse vom 12. April 1864. und 30. Juni 1865. und des Allerhöchsten Privilegiums vom wegen Aufnahme einer Schuld von 80,000 Thalern bekennit sich die ständische Kommission für den Chausseebau des Tilsiter Kreises Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehnschuld von Thalern Preußisch

(Nr. 6368.)

Ku-

Kurant, welche an den Kreis baar gezahlt worden und mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 80,000 Thalern geschieht vom Jahre 1867. ab allmälig aus einem zu diesem Behufe gebildeten Tilgungsfonds von wenigstens Einem Prozent des gesamten Kapitals jährlich, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das Loos bestimmt. Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 1867. ab in dem Monate Juni jeden Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungsfonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämmtliche noch umlaufende Schuldverschreibungen zu kündigen. Die ausgelosten, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und Einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Preußischen Staatsanzeiger, dem Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Gumbinnen und dem amtlichen Organe der Kreisbehörde zu Tilsit.

Bis zu dem Tage, wo solcher gestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 2. Januar und am 2. Juli, von heute an gerechnet, mit fünf Prozent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinset.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung, bei der Kreis-Kommunalkasse in Tilsit, und zwar auch in der nach dem Eintreten des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinskupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach der Fälligkeit, vom Schlusse des betreffenden Kalenderjahres an gerechnet, nicht erhobenen Zinsen, verjährten zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichts-Ordnung Theil I. Titel 51. §. 120. sequ. bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Tilsit.

Zinskupons können weder aufgeboten, noch amortisiert werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der ange meldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind halbjährige Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres 1870. ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei der Kreis-Kommunalkasse

Kasse zu Tilsit gegen Ablieferung des der älteren Zinskupons-Serie beigedruckten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen.

Dessen zu Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Tilsit, den ...^{ten} 18..

(L. S.)

Die ständische Kommission für den Chausseebau im Tilsiter Kreise.

Anmerkung: Die Unterschriften sind eigenhändig zu unterzeichnen.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

Erster (bis) Zins-Kupon

(I.) Serie

zu der

Kreis-Obligation des Tilsiter Kreises

III. Emission.

Litr. №

über Thaler zu fünf Prozent Zinsen

über Thaler Silbergroschen.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom ...^{ten} bis resp. vom ...^{ten} bis und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreis-Obligation für das Halbjahr vom bis mit (in Buchstaben) Thalern Silbergroschen bei der Kreis-Kommunalkasse zu Tilsit.
Tilsit, den ...^{ten} 18..

Die ständische Kreis-Kommission für den Chausseebau im Tilsiter Kreise.

(L. S.)

Dieser Zinskupon ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach der Fälligkeit, vom Schluss des betreffenden Kalenderjahres an gerechnet, erhoben wird.

Anmerkung: Die Namensunterschriften der Mitglieder der Kommission können mit Lettern oder Faksimile-Stempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zinskupon mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrollbeamten versehen werden.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

Talon

zur

Kreis-Obligation des Tilsiter Kreises.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der Obligation des Tilsiter Kreises III. Emission

Litr. № über Thaler à fünf Prozent Zinsen
die ... te Serie Zinskupons für die fünf Jahre 18.. bis 18.. bei der Kreis-
Kommunalkasse zu Tilsit, sofern dagegen Seitens des als solchen legitimirten
Inhabers der Obligation kein Widerspruch ergangen ist.

Tilsit, den .. ten 18..

Die ständische Kreis-Kommission für den Chausseebau im
Tilsiter Kreise.

(Stempel.)

Anmerkung.

- 1) Die Namensunterschriften der Mitglieder der Kommission können mit Lettern oder Tafsimilestempeln gedruckt werden, doch muß jeder Talon mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrolbeamten versehen werden.
- 2) Der Talon ist zum Unterschiede auf der ganzen Blattbreite unter den beiden letzten Zinskupons mit davon abweichenden Lettern in nachstehender Art abzudrucken:

9ter Zins - Kupon.	10ter Zins - Kupon.
Talon.	

(Nr. 6369.) Privilegium wegen Ausgabe von Einer Million Thaler auf den Inhaber lautender vier und einhalbprozentiger Prioritäts-Obligationen der Wilhelmsbahn-Gesellschaft. Vom 23. Juni 1866.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ic.

Nachdem von Seiten der unterm 10. Mai 1844. landesherrlich bestätigten Wilhelmsbahn-Gesellschaft, vertreten durch deren Direktion und Verwaltungsrath, auf Grund des §. 13. des Betriebsüberlassungs-Vertrages vom 4. Mai 1857. darauf angetragen worden ist, Behufs Abwickelung schwebender Verbindlichkeiten und um die Mittel zu weiterer Ausrüstung der Bahn zu gewinnen, die Aufnahme eines Darlehns von

Einer Million Thaler

gegen Aussstellung auf den Inhaber lautender und mit Zinsscheinen versehener Prioritäts-Obligationen zu gestatten, wollen Wir in Berücksichtigung der Gemeinnützigkeit des Unternehmens und in Gemäßheit des Gesetzes vom 17. Juni 1833. durch gegenwärtiges Privilegium die Emission gedachter Obligationen unter nachstehenden Bedingungen genehmigen.

§. 1.

Der Bedarf von 1,000,000 Rthlr. wird durch Kreirung von 4½ prozentigen Prioritäts-Obligationen aufgebracht.

Von den zu emittirenden Obligationen werden

1000	Stück à	500	Rthlr.	mit	500,000	Rthlr.
1500	=	à 200	=	=	300,000	=
2000	=	à 100	=	=	200,000	=
sind = 1,000,000 Rthlr.						

nach dem sub A. beigefügten Schema auf weißem Papier mit schwarzem Druck in fortlaufender Nummernfolge stempelfrei ausgesertigt.

Jeder Obligation werden Zinskupons auf zehn Jahre und ein Talon zur Erhebung fernerer Kupons nach dem beiliegenden Schema B. und C. auf weißem Papier mit schwarzem Druck beigegeben, und Kupons und Talon alle zehn Jahre zufolge besonderer Bekanntmachung erneuert.

Die Prioritäts-Obligationen sowohl als die Kupons und Talons werden durch zwei Mitglieder der Direktion, sowie durch den Hauptrendanten der Gesellschaft unterzeichnet.

Auf der Rückseite der Obligationen wird das Privilegium abgedruckt.

§. 2.

Die Zinsen der Prioritäts-Obligationen werden in halbjährigen Raten postnumerando in der Zeit vom 2. bis 31. Januar und vom 1. bis 31. Juli

(Nr. 6369.)

jeden Jahres aus der Gesellschaftskasse zu Ratibor gezahlt. Zinsen von Prioritäts-Obligationen, deren Erhebung innerhalb vier Jahren von dem in den betreffenden Kupons bestimmten Zahlungstage ab nicht geschehen ist, verfallen zum Vortheil der Gesellschaft.

§. 3.

Die Prioritäts-Obligationen unterliegen nach Verhältniß der Summe der verschiedenen Apoints (§. 1.) der Amortisation, wozu alljährlich mindestens ein halbes Prozent des Kapitalbetrages unter Zuschlag der durch die eingelösten Obligationen ersparten Zinsen aus dem Ertrage des Eisenbahn-Unternehmens verwendet wird. Die Zurückzahlung des Betrages der zu amortisirenden Obligationen erfolgt am 1. Juli jeden Jahres, zuerst im Jahre 1868.

Es bleibt jedoch der Gesellschaft vorbehalten, den Amortisationsfonds zu verstärken und so die Tilgung der Prioritäts-Obligationen zu beschleunigen. Auch steht ihr das Recht zu, außerhalb des Amortisationsverfahrens die gesamten Prioritäts-Obligationen mit dreimonatlicher Frist unter Genehmigung des Handelsministeriums zu kündigen und durch Zahlung des Nennwertes einzulösen.

§. 4.

Die Inhaber der Prioritäts-Obligationen sind auf Höhe der darin verschriebenen Kapitalbeträge und der dafür nach §. 2. zu zahlenden Zinsen Gläubiger der Wilhelmsbahn-Gesellschaft, und haben in dieser Eigenschaft an dem Gesellschaftsvermögen ein unbedingtes Vorzugsrecht vor den Stamm- und Stamm-Prioritätsaktien nebst deren Dividenden, an welchen letzteren sie nicht Theil nehmen.

Dagegen bleibt den auf Grund des ersten Nachtrags zum Gesellschaftsstatut vom 9. März 1847. ausgegebenen fünfsprozentigen, in Folge des zweiten Nachtragsstatuts vom 30. August 1852. auf vier Prozent konvertirten, und den nach diesem Statutnachtrage gleichzeitig weiter und den zufolge des dritten Nachtragsstatuts vom 2. Juli 1853. und des vierten Nachtragsstatuts vom 9. Juli 1856. ferner ausgegebenen Prioritäts-Obligationen das Vorzugsrecht vorbehalten.

An den Generalversammlungen der Gesellschaft können auch die Inhaber der neuen Prioritäts-Obligationen Theil nehmen; sie sind hierbei jedoch weder wahl- noch stimmfähig.

§. 5.

Die Inhaber der Prioritäts-Obligationen sind nicht befugt, die Zahlung der darin verschriebenen Kapitalbeträge anders als nach Maßgabe des im §. 3. gedachten Amortisationsplanes zu fordern, außer

- a) wenn ein Zinszahlungstermin durch Verschulden der Gesellschaft länger als drei Monate unberichtigt bleibt,
- b) wenn durch gleiches Verschulden der Transportbetrieb auf der Bahn länger als sechs Monate ganz aufhört,
- c) wenn die im §. 3. festgesetzte Amortisation nicht eingehalten wird.

In

In den Fällen zu a. und b. bedarf es einer Kündigungsfrist nicht, sondern das Kapital kann von dem Tage ab, an welchem einer dieser Fälle eintritt, zurückfordert werden, und zwar:

zu a. bis zur Zahlung des betreffenden Zinskupons,

zu b. bis zur Wiederherstellung des unterbrochenen Transportbetriebes.

In dem zu c. gedachten Falle ist eine dreimonatliche Kündigungsfrist zu beobachten, auch kann der Inhaber einer Prioritäts-Obligation von diesem Kündigungsberechte nur innerhalb dreier Monate von dem Tage ab Gebrauch machen, wo die Zahlung des Amortisationsquantums hätte stattfinden sollen. Die Kündigung verliert indessen ihre rechtliche Wirkung, wenn die Eisenbahnverwaltung die nicht eingehaltene Amortisation nachholt und zu dem Ende binnen längstens dreier Monate nach erfolgter Kündigung die Auslösung der zu amortisirenden Prioritäts-Obligationen nachträglich bewirkt.

§. 6.

So lange nicht die gegenwärtig freirten Prioritäts-Obligationen eingelöst sind, oder der Einlösungsbeitrag gerichtlich deponirt ist, darf die Gesellschaft keines ihrer Grundstücke, welches zum Bahnkörper oder zu den Bahnhöfen gehört, veräußern, auch eine weitere Aktien-Emission oder ein Anleihegeschäft nur dann unternehmen, wenn sämmtlichen Prioritäts-Obligationen für Kapital und Zinsen das Vorzugsrecht vor den ferner auszugebenden Aktien und Obligationen vorbehalten und gesichert ist.

Ueber diejenigen Grundstücke, welche zum Transportbetriebe nicht erforderlich sind, bleibt jedoch der Eisenbahngesellschaft die freie Disposition unter den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen vorbehalten.

§. 7.

Die Nummern der nach §. 3. zu amortisirenden Obligationen werden jährlich im April in einem vierzehn Tage vorher zur öffentlichen Kenntniß zu bringenden Termine durch das Voos bestimmt und sofort öffentlich bekannt gemacht.

§. 8.

Die Verloosung geschieht durch die Direktion in Gegenwart des Syndikus der Gesellschaft oder eines anderen vereideten Notars, welcher zugleich das Protokoll über die stattgefundene Verloosung führt.

Den Inhabern der Prioritäts-Obligationen wird der Zutritt zum Verloosungstermine gestattet.

§. 9.

Die Auszahlung der ausgelosten Obligationen erfolgt in dem im §. 3. bestimmten Zeitraum durch die Gesellschaftskasse zu Ratibor nach dem Nominalwerthe an die Vorzeiger der Obligationen gegen deren Auslieferung. Mit diesem Tage hört die Verzinsung der ausgelosten Prioritäts-Obligationen auf.

(Nr. 6369.)

Mit

Mit letzteren sind zugleich die ausgereichten, noch nicht fälligen Zinskupons einzuliefern. Geschieht dies nicht, so wird der Betrag der fehlenden Zinskupons von dem Kapitale gekürzt und zur Einlösung der Kupons verwendet.

Die im Wege der Amortisation eingelösten Obligationen werden in Gegenwart der Direktion und des Syndikus resp. Notars verbrannt, und es wird, daß dies geschehen, durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht.

Die Obligationen dagegen, welche in Folge der Rückforderung (§. 5.) oder Kündigung außerhalb der Amortisation (§. 3.) eingelöst werden, kann die Gesellschaft wieder ausgeben.

§. 10.

Diejenigen Prioritäts-Obligationen, welche ausgelöst oder gekündigt sind, und, der Bekanntmachung durch die öffentlichen Blätter ungeachtet, nicht rechtzeitig zur Realisation eingehen, werden während der nächsten zehn Jahre von der Direktion der Wilhelmsbahn alljährlich einmal öffentlich aufgerufen. Gehören sie aber dessenungeachtet nicht spätestens binnen Jahresfrist nach dem letzten öffentlichen Aufrufe zur Realisation ein, so erlischt ein jeder Anspruch aus denselben an das Gesellschaftsvermögen, was unter Angabe der werthlos gewordenen Obligationen von der Direktion öffentlich bekannt zu machen ist.

§. 11.

Die in den §§. 3. 7. 9. und 10. vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen durch den Preußischen Staatsanzeiger, die Börsen-, die Vossische, die Schlesische und die Breslauer Zeitung.

Beim Eingehen einer oder der anderen dieser Zeitungen wird von der Direktion der Wilhelmsbahn unter Genehmigung des Handelsministeriums eine andere Zeitung an deren Stelle gesetzt.

Zu Urkund dessen haben Wir das gegenwärtige landesherrliche Privilegium Allerhöchstgeehndig vollzogen und mit Unserem Königlichen Insiegel ausfertigen lassen, ohne jedoch dadurch den Inhabern der Obligationen in Ansehung ihrer Befriedigung eine Gewährleistung von Seiten des Staats zu geben oder den Rechten Dritter zu präjudizieren.

Das gegenwärtige Privilegium ist durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen.

Gegeben Berlin, den 23. Juni 1866.

(L. S.)

v. d. Heydt.

Wilhelm.

Gr. v. Izenplis.

Schemta A.

Prioritäts - Obligation

der

Wilhelmsbahn - Gesellschaft

Jeder Obligation sind zwanzig Kupons
auf 10 Jahre beigefügt.

Nr.

Wegen Erneuerung der Kupons nach
Ablauf von 10 Jahren ergehen be-
sondere Bekanntmachungen.

über

..... Thaler Preußisch Kurant.

Inhaber dieser Obligation hat auf Höhe des obigen Betrages von
Thalern Preußisch Kurant Antheil an dem nach den Bestimmungen des um-
stehend abgedruckten Allerhöchsten Privilegiums vom ..ten emittirten
Kapital von Einer Million Thaler Prioritäts-Obligationen der Wilhelms-
bahn-Gesellschaft.

Ratibor, den ..ten 18..

Die Königliche Direktion der Wilhelmsbahn.

(Stempel.)

(Zwei Unterschriften.)

Der Hauptrendant.

Schema B.

Zins = Kupon № 1.

Prioritäts = Obligation der Wilhelmsbahn - Gesellschaft
№

über Thaler Preußisch Kurant.

Inhaber dieses empfängt am die halbjährigen Zinsen
der oben benannten Prioritäts = Obligation mit
..... Thalern.

Ratibor, den ..^{ten} 18..

Die Königliche Direktion der Wilhelmsbahn.

(Stempel.)

(Faksimile von zwei Unterschriften.)

Zinsen, deren Erhebung innerhalb vier Jahren
von dem in dem betreffenden Kupon bezeichneten
Zahlungstage nicht geschehen ist, verfallen zum
Vorteil der Gesellschaft.

Der Hauptrendant.

(Faksimile.)

Schema C.

Talon

zu der

Prioritäts = Obligation der Wilhelmsbahn - Gesellschaft
№

über Thaler.

Der Produzent dieses Talons erhält ohne weitere Prüfung seiner Legitimation die für die vorstehend bezeichnete Prioritäts = Obligation neu auszufertigenden Zinskupons für die nächsten zehn Jahre.

Ratibor, den ..^{ten} 18..

Die Königliche Direktion der Wilhelmsbahn.

(Stempel.)

(Faksimile von zwei Unterschriften.)

Der Hauptrendant.

(Faksimile.)

Redigirt im Bureau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gedruckt in der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei
(R. v. Decker).